

Der Textil-Arbeiter

**Bereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Anzeigen die dreispaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt. — Vom Traum zur Tat (Gedicht). — Zum Achtstundentag. — Die Kosten des Ernährungsbedarfs. — Die Anpassung unseres Verbandes an das Nahrungsmittel. — Gemeinsame Konferenz der Gaue Baden, Bayern und Württemberg. — Konferenz für Rechts- und Linksrhein. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Interhaltungsteil: Sechs Menschen in einem Käfig. — Färberlied.

Wegen der politischen Ereignisse in der letzten Woche kann es in dieser sein Blatt herausgeben und lassen deshalb dieses Blatt als Nr. 12/13 erscheinen.

Verlag und Redaktion.

Vom Traum zur Tat.

Was du geträumt in grüner Jugend,
das mache wahr durch Mannertugend,
die frühsten Träume läuften nicht.
Doch wisse, Träume sind nicht Taten,
ohn' Arbeit wird dir nichts geraten.

Zum Achtstundentag.

In einem unserer letzten Artikel zum Achtstundentag haben wir ausgeführt, daß sich eine bürgerlich-sozialistische Allianz gebildet habe zur Beseitigung des Achtstundentages. Jeder Tag bringt für diese unsere Auffassung neue Belege. Wir wollen deshalb hier die wichtigsten Äußerungen unserer Mitgliedern nicht vorenthalten, damit sie wissen, in welchen Kreisen diejenigen Leute sitzen, die die Arbeitererschaft systematisch um die Errungenschaften der Revolution bringen. Der sächsische Arbeitsminister Seidt ist dem Vorgehen Roskes und dem Minister Südekum gefolgt und hat einen Aufruf an die Arbeitererschaft ergehen lassen, der auf nichts anderes hinausgeht, wenn der Aufruf überhaupt irgend welchen Wert haben soll, als auf die Beseitigung des Achtstundentages.

Sier der Aufruf!

„Die sächsischen Bergarbeiter überzeugen sich mehr und mehr davon, daß der Not unseres Volkes nur abgeholfen werden kann durch vermehrte Arbeitsleistung. Es stärkt sich erfreulicherweise bei ihnen die Neigung, statt sieben Stunden künftig acht Stunden Kohlen zu fördern. Sie haben jedoch durch ihre Vertreter dem Arbeitsministerium mitgeteilt, daß sie erwarten, nun auch die Arbeiter anderer Berufe auf die Notwendigkeit vermehrter Arbeitsleistung aufmerksam gemacht zu sehen. Das war sowie meine Absicht, schon deshalb, damit die Bergarbeiter nicht glauben, die Mahnung, im Interesse unserer Volkswirtschaft mehr Arbeit zu leisten, richte sich nur an sie und sei eine Andeutung, wonach sie dieser Mahnung mehr bedürften als andere Arbeiter. Soweit aber bisher gesagt werden mußte: „Nur Arbeit kann uns retten, wir können nur bestehen, wenn wir mehr Waren herstellen“, richtete sich das stets an alle. Denn was helfen uns mehr Kohlen, wenn andere Berufe sie nicht zur Steigerung unserer Arbeitsleistung ausnutzen? Aus diesem Grunde appelliere ich an die Arbeiter aller Berufe, das begrüßenswerte Beispiel der Bergarbeiter, dem teilweise auch die Landarbeiter schon gefolgt sind, nachzuahmen. Das mag für den einzelnen wohl ein Opfer bedeuten — aber ist nicht das Eintreten des einzelnen für die Allgemeinheit der idealste Inhalt des Solidaritätsgedankens? Wenn demnächst mehr Kohle gefördert wird (bei einer täglichen Mehrleistung von einer

Stunde bedeutet das für Sachsen eine Zunahme von etwa einem Sechstel der Förderung, bedeutet eine Zunahme von rund 250 000 Tonnen pro Monat), werden stillgelegte Fabriken wieder geöffnet werden, werden die jetzt ruhenden Schöte wieder rauchen, werden viele Arbeitskräfte, die jetzt müßig sein müssen, wieder fleißig sein können, kurzum wird das Wirtschaftsleben gestärkt. Mehr Kohlen bedeuten ferner mehr Lebensmittel, mehr Lebensmittel bedeuten Stärkung der Arbeitslust und Zunahme der Lebensfreudigkeit. Ganz besonders wende ich mich wiederum in Uebereinstimmung mit den einsichtigen Kreisen der Bergarbeiter an die altbewährten Arbeiter in den Organisationen. In Rußland, im angeblich „freien“ Rußland, das von Bolschewiken regiert wird, erpreßt man die auch dort notwendige Lohnermehrung durch den Arbeitszwang mittels Knute und Entziehung der Freiheit. Wir aber wissen, daß wir dem Vaterlande und unserem Volke mehr nützen, wenn die Arbeiter freiwillig mit uns gehen, und sie werden sich und uns um so mehr nützen, je mehr sie den Boden, auf dem sie stehen, immer mehr festigen helfen. Den organisierten Arbeitern gebührt vollste der Platz, den sie im Wirtschaftsleben verdienen. Sie sichern ihn sich, wenn sie das Wirtschaftsleben sichern helfen. Sie gefährden sich und ihre Zukunft, wenn sie auch nur für einen Augenblick die Not unserer Zeit, die Aufgaben des Augenblicks verkennen. Ich wünsche mit ihnen, daß ihr Handeln in dieser Zeit der Not vor der Geschichte einst bestehen und niemand von ihnen sagen kann: Gewogen und zu leicht befunden. *Gez. Seidt, Arbeitsminister.*“

Neben diesem Aufruf geht durch die Presse folgende Notiz:

Die Münchener Korrespondenz Hoffmann meldet:

„Das bayerische Gesamtministerium erläßt im Benehmen mit dem bayerischen Beamtenbund eine Bekanntmachung, durch die die Dienstzeit bei allen Staatsbehörden auf 48 Stunden wöchentlich ausgedehnt wird. Um dabei der Beamtenerschaft die Erhaltung der freien Sonntagsnachmittags zu erhalten, sollen die Dienststunden in der Regel so verteilt werden, daß an den ersten fünf Wochentagen 8 1/2 Stunden, am Sonnabend 5 1/2 Stunden gearbeitet wird.“

Durch diese Regelung der Dienstzeit wird der Achtstundentag glatt durchbrochen. Die Unternehmer haben gegenwärtig, unter allerlei Vorwänden, den Arbeitern Vorschläge gemacht, die ebenfalls darauf hinausgingen, an den ersten fünf Wochentagen länger als acht Stunden pro Tag zu arbeiten, um dann den Samstag möglichst frei zu halten. Den Unternehmern kam es bei diesen ihrer Vorschläge immer in der Hauptache darauf an, unter allen Umständen den Achtstundentag zu durchbrechen, um dessen endliche Beseitigung umso leichter zu erreichen. Die Bekanntmachung des bayerischen Ministeriums kommt den Unternehmern in gewünschter Weise entgegen.

Die Kosten des Ernährungsbedarfs.

In Nr. 5 vom 30. Januar d. J. war zu der gleichen Frage schon gelagt, daß das Statistische Amt der Stadt Berlin, dessen Bericht die mitgeteilten Feststellungen entnommen waren, eine fortlaufende Durchführung der Untersuchungen über Ernährungsbedarf und Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel für notwendig erachtete. Jetzt liegt der zweite auf Dezember und Januar sich erstreckende Bericht vor. Aus ihm ist zu entnehmen, daß im Dezember durch die Bestimmung nur etwas mehr als die Hälfte (53,5 Prozent) des für die Erhaltung des Menschen notwendigen Ernährungsbedarfs (Wärmeeinheiten) gedeckt wurde, mo-

gegen sich die Ziffer im Hochsommer noch auf 71,7 Proz. und im November auf 60,2 Proz. belaufen hatte. Sierdurch ist zugegeben, daß die Bevölkerung aller Schichten auf den wucherischen Schleichhandel angewiesen ist, wenn sie sich überhaupt am Leben erhalten will. Denn auf die Rationierung entfielen im Januar 55,8, auf den freien Handel 24,3, auf den nichtöffentlichen Handel (Schleichhandel) 19,9 Proz. des für das Existenzminimum notwendigen Bedarfs.

Für die Preisbildung ist es außerordentlich bezeichnend, daß meist die rationierten Lebensmittel, die doch für die Ernährung der Armen hauptsächlich mehr oder minder erheblich teurer geworden sind. Obgleich für die rationierten Lebensmittel der Preis pro Kopf und Tag von 1,51 Mark im November auf 1,81 Mk. im Januar, bei dem im freien Handel erhältlichen von 3,55 Mk. auf 4,23 Mk. für den nicht öffentlichen Verkauf von 2,41 Mk. auf 2,93 Mk., also ziemlich gleichmäßig um etwa ein Fünftel für die drei Gruppen gestiegen ist, trifft die Steigerung die Bevölkerungsschichten, die nur auf die Rationierung angewiesen sind, am allerhöchsten. Denn vielföpfige Familien können bei den Preisen das nicht kaufen, was ihnen zusteht.

Die Uebersicht gibt über den Umfang der Steigerung Aufschluß.

Art der Lebensmittel	Preis für 100 Gr. in Mk.		
	Nov.	Dez.	Jan.
Rindfleisch, frisch oder Konserben	8,—	8,40	10,48
Butter	14,—	14,—	28,—
Margarine	12,—	12,—	14,56
Schwarzbrot und Meingebäck	—83	—83	1,21
Kartoffeln	—40	—40	—50

Wesentlich anders gestalteten sich die Preisveränderungen vom Dezember zum Januar. Da ergibt sich für die rationierten Lebensmittel der sehr erhebliche Mehraufwand von 46 Proz. Berechnet man, so lag der Preis für die Lebensmittel, die sämtlich in jedem der drei letzten Monate rationiert waren, so ergibt sich eine Steigerung vom Dezember zum Januar um 33,9 Proz., während der Dezember den November nur um 1,7 Proz. überstiegen hatte.

Das Gesamtergebnis der Ermittlungen wird folgendermaßen zusammengefaßt:

Die Kosten des Ernährungsminimums betragen auf den Kopf des erwachsenen Mannes im Wochendurchschnitt:	26,55 Mk.
Mitte Juli bis Mitte August 1919	52,31
im November 1919	58,35
„ Dezember 1919	62,80
„ Januar 1920	62,80

Die Kosten waren demnach im Januar 1920 höher als im Dezember 1919 um 4,45 Mk. d. i. 7,63 Proz. „ November 1919 „ 10,49 „ „ 20,05 „ „ Mitte Juli bis Mitte August 1919 „ 36,25 „ „ 136,53 „

Am Schluß des Berichts wird eine Ausdehnung der Untersuchung auf Familien, und zwar verschiedener Typen, für den nächsten Bericht in Aussicht gestellt.

Gestattet sei zum Schluß die Frage: Hat denn von unseren weiblichen Mitgliedern, die ein Mandat in Stadtverbänden oder Gemeindeförperschaften ausüben, keine etwas aus ihrer Tätigkeit zu berichten, das auch für die Allgemeinheit von Interesse ist? *Martha Soppe.*

Sechs Menschen in einem Käfig.

Ein soziales Elendsbild, wie es erschütternder kaum gedacht werden kann, entwirft uns ein Mann in Waldmünchen von sich und seiner Familie. Der Mann wird schon seit zwanzig Jahren von einem unheilbaren Leiden geplagt, ist Invalide und bekommt als solcher monatlich 10 Mk. 95 Pf. Rente. Seit 1915 war er bei der Post beschäftigt, bei einem Lohn, der von täglich 2,70 Mk. auf monatlich 175 stieg. Im Jahre 1918 bekam er zwar eine Teuerungszulage von 400 Mk., die ihm aber bis auf 100 Mk. für Kriegsanleihe einbehalten wurde. Sein Protest dagegen und sein Einwand, er brauche das Geld für seine Familie zum Leben, wurde mit der — gewiß ganz richtigen — Behauptung abgetan, daß an der e eben auch zeichnen mußten. So zeichnete denn der so bedürftige Mann 300 Mk. für den Krieg, für die Vernichtung von Menschenleben, von einem Gelde, das angeblich bestimmt war, seine wirtschaftliche Not zu lindern. Mit der Teuerung stieg sein Lohn schließlich auf täglich 15 Mk im Jahre 1919, abgesehen von mehreren Beschaffungsbeihilfen. Es ging der Familie nun besser. Doch da bekam der Mann auch schon die Kündigung, und anfangs November wurde er ohne jeden Grund, wie er sagt, entlassen. Er sollte nur wieder, wie früher, Steine klopfen und im Schiefkarrn abfahren. Das konnte er nicht aushalten. Er bemühte sich deshalb um eine Wiedereinstellung bei der Post, die ihm von höherer Stelle auch zugesagt, von maßgebender niederer Stelle aber nicht bewirkt wurde. Er blieb also arbeitslos und ist nun mit Frau und vier unmündigen Kindern

auf die Erwerbslosenunterstützung von werktäglich 8 Mk., also 48 Mk. pro Woche, angewiesen; mit der Invalidenrente kommt die Familie auf gut 50 Mk. die Woche zu stehen. Das ist in heutiger Zeit entsetzlich zu wenig.

Die Lebensverhältnisse der Familie sind also schon traurige. Doch noch trauriger sind ihre Wohnverhältnisse. Die ganze sechsköpfige Familie haust nämlich schon seit sechs Jahren in einem Zimmer von 3 Meter Breite, 5 Meter Länge und 2,20 Meter Höhe. Dieses Zimmer ist Wohnzimmer, Schlafraum und Küche zugleich für — sechs Menschen. Zeitweilig waren es sogar acht, als noch ein Sohn und eine Tochter, die nun in München sind, zu Haus waren. Sie mußten aber abgeschoben werden, denn acht Personen waren beim besten Willen in dem Käfig auf die Dauer nicht unterzubringen. So mußte der aus dem Felde heimgekehrte toifranke Sohn bei fremden Leuten untergebracht werden. — Alle Bemühungen des Mannes, eine größere Wohnung im Orte oder in der Nähe von ihm zu bekommen, scheiterten. Und die sechs müssen weiter in dem Loch hausen.

Ein Wohnungs„idyll“ aus dem 20. Jahrhundert.

Färberlied.

(Mel.: Ich bin ein Kreuze usw.)

Ein Lied aus dem Jahre 1848 in neuer Bearbeitung.

Ich bin ein Färber, hab' dem Färberstande
Mit Freuden meine Kräfte stets geweiht,
Ich bin ein Färber und im Farbgewande

Wohnt Kraft und Mut und deutsche Biederkeit.

Ein redlich fleißig Streben
Es ziert des Färbers Leben,
Wer anders will, den weisen wir zurück —
Er macht bei Färbern nimmermehr sein Glück.

Ich bin ein Färber, färbe echte Farben,
Ein Türkschrot, wie es die Welt nicht hat,
Was Schwarz und Braun und Bian an Ruhm erwarben,
Weiß in der Welt gewiß schon jede Stadt.

Und jegliche Souleuren,
Wir können dreist drauf schwören,
Wir färben sie, ein jeder wird's gestehn
Im Wuppertal, wie sie die Welt mag sehn.

Ich bin ein Färber, dem Textilerverbande
Gehör' ich an, mit Freuden ruf ich's aus.
Ich bin ein Färber und in meinem Stande
Kommt derb das Wort zu Felten wohl heraus,
Doch kenn' ich meine Pflichten
Und weiß sie zu verrichten;
Drum, was ich jag', kommt's derbe auch heraus,
Ist gut gemeint und paßt für Land und Gaus.

Ich bin ein Färber, seh' drin meine Ehre,
Steh fest und treu zu dem Textilerverband;
Auf ihn gestützt, seh' stark ich mich zur Wehre,
Lehnt unsere Wünsche man ab kurzer Hand.
Kollegen, auf zum Ringen,
Der Sieg muß uns gelingen!

Wir kämpfen mutig stets für unsern Stand
Und schwören Treue dem Textilerverband.

O. Str.

Die Anpassung unseres Verbandes an das Räteystem.

Mit den Beschlüssen der Blauner Generalversammlung hat sich unser Verband auf den Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung gestellt, indem er das revolutionäre Räteystem als das wichtigste Kampfmittel gegen die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung anerkannt hat. Zu den alten Kampfmitteln der Arbeiterschaft, Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, ist jetzt das Räteystem gekommen. Nicht ein einzelnes dieser Kampfmittel genügt, um den Kapitalismus zu besiegen, nein, alle vier müssen harmonisch zusammenwirken. Es ist deshalb auch falsch, wenn nur in dem Räteystem allein das Mittel gesehen wird — bei Ausschaltung der anderen schon so oft bewährten Kampfmittel. Es muß aber zugegeben werden, daß das Räteystem, als ein Kind der Revolution, bei richtiger Anwendung, in Zukunft das beste Kampfmittel werden wird. Denn es hat den Vorteil, viele Laufende gelebte Vorkämpfer für den Sozialismus gegen den Kapitalismus im täglichen praktischen Kampfe zu erziehen. Das wissen auch die Verteidiger des Kapitalismus, deshalb ihr eifriges Bestreben, dieses zu verhindern. Man mußte der Arbeiterschaft etwas zur Beruhigung geben und gab das Rätegesetz, ängstlich bemüht, dem Kapitalismus nicht wehe zu tun. Das Bestreben, die Arbeitszeit zu verlängern, hat nur den Zweck, der Arbeiterschaft die notwendige freie Zeit zur Bildung zu rauben. Wenn das Rätegesetz für die Arbeiterschaft einen praktischen Wert haben soll, dann müssen die Betriebsräte über das hierzu notwendige Wissen verfügen, denn gerade bei dieser Frage ist Wissen Macht. Das wissen auch unsere Gegner, deshalb Verlängerung der Arbeitszeit, um den Geist des Arbeiters in einer überlangen Arbeitsstunde zu ermatten. Dieses Bestreben unserer Gegner zu verhindern wird Pflicht von Gewerkschaft und Partei sein. Früher hieß es, die freien Gewerkschaften haben die Pflicht, ihre Mitglieder zu Sozialisten zu erziehen, jetzt muß dem noch hinzugefügt werden: und zu wirklich brauchbaren Betriebsräten zu erziehen. Dieses kann nur auf gewerkschaftlicher Grundlage geschehen, aber nicht in dem engen Rahmen einer kleinen Berufsgewerkschaft, sondern nur auf dem breiten Boden einer Industrie-Gewerkschaft. Nur so ist es möglich den Betriebsräten das notwendige fachtechnische Wissen zu übermitteln. Denn die Berufsfragen können nicht nur örtlich oder bezirksweise behandelt werden, sondern ihre Behandlung muß sich über unser ganzes Verbandsgebiet und schließlich noch darüber hinaus erstrecken. Deshalb muß aber auch der innere Aufbau unserer Gewerkschaft ein anderer werden.

Der jetzige Aufbau besteht aus den in Ortsgruppen zusammengeschlossenen Mitgliedern. Diese Ortsgruppen sind zu Gaugruppen vereinigt, und diese wieder in der Zentrale. Wir Sozialisten beurteilen es, daß die einzelnen Nationen durch Grenzen voneinander getrennt sind, haben aber ähnliche Einrichtungen in unseren Gewerkschaften in den Gauabgrenzungen innerhalb des Reiches oder Verbandsgebietes.

Das dieses nicht das Richtige ist, haben die öfteren Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Gaubezirken bewiesen. Wenn gleichwertige Branchenfragen in zwei benachbarten Gaubezirken zu behandeln waren, dann: wehe dem Gauleiter, der seine Gaugrenze überschritten hätte! Es mußte erst der vorgezeichnete Instanzenweg über die andere Gauleitung gemacht werden, wodurch unliebsame Verzögerungen entstanden. Auf jeder Verbandskonferenz, jedem Verbandsstag kam das Verlangen von Angehörigen der einzelnen Branchen oder Berufsgruppen auf, mit ihren anderen Berufscollegen im Reich eine Aussprache zu pflegen. Auch das Verlangen der einzelnen Berufsgruppen, eine ständige Verbindung mit allen Berufsgruppen im Reich zu haben, ist bekannt, konnte aber niemals richtig befriedigt werden. Die einzelnen Reichsbranchenkonferenzen sind ja auch aus diesem Verlangen heraus entstanden, aber auch diese konnten eine volle Befriedigung nicht bringen. War die Konferenz vorbei, so war das Band auch wieder gerissen, weil in unserem Verband der hierzu notwendige innere Aufbau fehlt.

Hier müßte reorganisiert werden durch Aufhebung der Gauenteilung und Neuaufteilung von Berufsgruppen oder Sektionen, zusammengefaßt in der Zentrale.

Nach dem Beschluß des Leipziger Rätekongresses soll in der Zentrale eine Zentralstelle für die Betriebsräte geschaffen werden. Das ist gut. Wenn aber diese Zentrale beschränkt auf die Betriebsräte wirken soll, dann muß auch hier Gliederung nach den einzelnen Berufsgruppen vorgenommen werden, und wenn diese Gruppierung für das gesamte Verbandsgebiet fehlt und die Gauenteilung bestehen bleibt, dann ist das Werk nur halb getan und die Zentrale der Betriebsräte wird keine praktische Arbeit in fachtechnischem Sinne leisten können. Denn es handelt sich doch auch darum, die Betriebsräte des Reiches berufsmäßig zusammenzufassen, hierfür würde aber die Gauenteilung ein zu schwerfälliger arbeitender Apparat sein; die Arbeit würde eine leichtere sein, wenn wir eine über das ganze Reich sich erstreckende Sektionsenteilung hätten.

Hierdurch wären die Gauleitungen überflüssig, doch die Kräfte, die jetzt in den Gauleitungen vorhanden sind, könnten sehr gut in den Sektionsleitungen verwendet werden, je nachdem in welcher Berufsart der betreffende Gauangestellte am besten Verwendung ist.

Neue Sektionsleitungen müßten auch gleichzeitig die Funktionen der Streikleiter übernehmen.

Durch die vorgeschlagene Organisationsänderung würde keine Verminderung der Verbandsangestellten eintreten, sondern weit eher eine Vermehrung derselben sich nötig machen, aber zum Wohle der Berufsarten, die bis jetzt in unserem Verbande nicht genügend berücksichtigt worden sind. Wollen wir einen Industrieverband schaffen, müssen wir auch allen einzelnen und auch kleinen Berufsgruppen die gehörige Beachtung schenken. Dieses kann nur geschehen durch berufswise Erfassung der Mitglieder in Sektionen. Die praktische ständige Arbeit dieser Sektionsleitungen für nur eine Berufsgruppe dürfte bald dazu führen, daß die Leitungen alle Eigenheiten und Freiheiten ihrer Gruppen in sich aufgenommen haben. Und indem eine Sektionsleitung ihre praktischen Erfahrungen ihren Sektionsangehörigen übermitteln, kann sie wirklich befruchtend auf die Mitglieder wirken.

Die Anregung des Kollegen Grubl ist gewiß beachtlich; ohne Umwandlung der jetzigen Bezirks- oder Gauleitungen

mag uns mancherlei Vorteile bringen können. Es fragt sich aber, ob die Bezirks- oder Gauleitungen für die Agitation und was sie sonst an allgemeiner Tätigkeit für den Verband entfalten, entbehrt werden könnten. Erst jetzt können sie doch durch die Branchenleitungen nicht werden, die sich doch naturgemäß nur um ihre Branchen kümmern würden. Die Gauleitungen kontrollieren jetzt z. B. die Ortsverbände. Wer sollte das nachher tun? — Brauchen wir also die Gauleitungen weiter, so müßten sie neben den Branchenleitungen bestehen bleiben. Brauchen wir aber auch Branchenleitungen, so müssen sie neben den Gauleitungen geschaffen werden. Wir geben zu, daß wir sie wenn nicht gerade brauchen, aber doch gebrauchen könnten. Würde man dem Vorschlage des Kollegen Grubl nachkommen wollen, so könnte es unseres Erachtens nur in dem Sinne einer organischen Vollständigung, nicht in dem einer organischen Umwandlung geschehen. (D. K.)

Gemeinsame Konferenz der Gaue Baden, Bayern und Württemberg.

Am 28. und 29. Februar fand im „Metallarbeiterheim“ in Stuttgart eine Konferenz der süddeutschen Gaue statt mit folgender Tagesordnung: 1. Unsere Tarif- und Lohnpolitik, Referent Kollege Feinhals, 2. Aufstellung eines gemeinsamen Tarifs für die süddeutschen Gaue, Referent Kollege Gochka, 3. Organisationsfragen, Referent Kollege Deffner.

Die Bureauwahl ergab als Vorsitzende die Kollegen Rieflich-Lörrach und Deffner-Lugsburg, als Schriftführer die Kollegen Seittelle-Lugsburg und Garron-Lugsburg.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte Kollege Feinhals ungefähr folgendes aus:

Wenn in früheren Jahren unsere Lohnbewegungen scheiterten, so war die Ursache nicht der Widerstand der Unternehmer, sondern die Widerstandslosigkeit der Arbeiter. Dies wurde durch die Revolution geändert. Durch die Arbeitgemeinschaften wurden gewisse Richtlinien für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse festgelegt. Bei aller Animosität gegen die Arbeitgemeinschaft muß dies anerkannt werden. Es wäre bei der Ziellosigkeit der Textilindustrie verfehlt, Reichstaxen schaffen zu wollen. Durch die rapid steigende Leuerung sehen wir uns in die Notwendigkeit versetzt, nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder an die Arbeitgeber mit neuen Forderungen heranzutreten. Die Leuerung hat ihre höchste Stufe noch nicht erreicht. Wir sehen dies an den Bestrebungen landwirtschaftlicher Kreise, für ihre Produkte neuerdings wieder bedeutend höhere Preise zu fordern. Betrachten wir, in welcher horrenden Weise die Preise für Kleiderstoffe um. gestiegen sind, dann müssen wir uns sagen, daß wir beim Abschluß der Tarifverträge solche Steigerungen nicht erwarten konnten.

Eine der wichtigsten Fragen ist die Regelung der Arbeitszeit. Die Forderung des Achtstundentages wurde durch die Revolution verwirklicht. Allgemein war man von der Selbstverständlichkeit des Achtstundentages überzeugt. Zurzeit besteht die Gefahr, an der auch ein Teil der Textilarbeiter Schuld trägt, daß die Arbeitszeit verlängert wird. Aber zuerst müßte Arbeitszeit vorhanden sein. Nicht einmal die Textilarbeiter erklärten, daß die Textilarbeiter nicht arbeiten wollten, sondern sehr gerne arbeiten würden, wenn sie nur Arbeit hätten. Der Achtstundentag ist für uns ein Sakrilegium. Jeder, sei er Angestellter oder Nichtangestellter, muß sein Bestes einsetzen, um den Achtstundentag hochzuhalten. Leider ist es vorgekommen, daß sich in mehreren Betrieben die Arbeiter bereit erklärten, in den ersten Tagen der Woche länger, ja sogar 10 Stunden zu arbeiten. Wo es infolge Kohlen- oder Strommangels nicht zu umgehen ist, muß die über 8 Stunden hinausgehende Arbeitszeit als Ueberstunde bezahlt werden, was leider in vielen Betrieben nicht geschehen ist. Die durch die zentrale Kommission festgelegte Arbeitszeit von 46 Stunden wöchentlich ist Maximum. In allen Betrieben, in denen in den ersten Tagen der Woche länger gearbeitet wird, ist die achtstündige Arbeitszeit wieder einzuführen.

Der Ferienfrage haben wir ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Früher haben unsere Kollegen gelacht, wenn man von Urlaub sprach. Daß die technischen und kaufmännischen Angestellten Urlaub hatten, betrachteten sie als selbstverständlich. Aber daß auch die Textilarbeiter Urlaub beanspruchen könnten, kam ihnen nicht in den Sinn. Jetzt wird die Notwendigkeit eines Urlaubs nicht nur von den Arbeitern, sondern auch von den Arbeitgebern anerkannt. Wir müssen danach streben, Einrichtungen zu schaffen, die es ermöglichen, die Urlaube gemeinsam zu verleben zu können.

Wir leben in einer Zeit enormer Verhältnisse. Betrachten wir die heutigen Lohnsätze, so müssen wir sagen, daß wir solche Sätze früher für unmöglich gehalten hätten. Trotzdem sind die heutigen Löhne im Vergleich zu den bestehenden Leuerungsvorhältnissen ungenügend. Auch die Textilindustrie kann höhere Löhne zahlen. Die Arbeitgeber sehen ihre Zeit wieder langsam anrücken und werden auch bei den kommenden Lohnbewegungen ihre Haltung danach einrichten. Doch sind wir wachsam, geschlossen wie ein Mann, dann werden wir unsere Wünsche und Forderungen einem guten Ende entgegenführen können.

Kollege Gochka zeigte in seinem Referate über den zweiten Punkt der Tagesordnung, Aufstellung eines gemeinsamen Tarifes für die süddeutschen Gaue, darauf hin, daß die Arbeitgeber bei den letzten Lohnverhandlungen auf die Konkurrenz in Bayern und Baden hinwiesen. Dies war mit Veranlassung dahin zu wirken, daß für ganz Süddeutschland ein einheitlicher Tarif zustande komme. Am 14. Dezember 1919 beschloß eine Konferenz in Stuttgart, einen gemeinsamen Tarif vorzubereiten. Es wurden verschiedene Vorschläge an den bisherigen Tarifverträgen beraten. Die Stellung des Materials hat ergeben, daß verschiedene Branchenberatungen stattfinden müßten, welche auch erfolgt sind. Als Resultat ist hervorzuheben, daß wir betreffs Freilegung der Arbeitszeit nicht über die 45stündige Wochenarbeitszeit hinausgehen können. Als Nacharbeit gilt die zwischen 7 Uhr abends und 6 Uhr morgens geleistete Arbeit. Bei Nacharbeit ist ein Zuschlag von mindestens 25 Prozent auf die Normalstundenlöhne voll und ganz berechneter. Für Heimarbeiter sollen die gleichen Zuschläge bezahlt werden, wie für die Arbeiter in den Betrieben. Der Zustand, daß die

Heimarbeiter von den Arbeitgebern nach Belieben entlohnt werden, muß ein Ende nehmen. Für die infolge Schulpflicht veräumte Arbeitszeit soll kein Abzug am Lohn gemacht werden. Die in den Textilbetrieben beschäftigten Handwerker sollen im Lohn den qualifizierten Textilarbeitern gleichgestellt werden. Die Dauer des Urlaubs soll nicht abhängig sein von der Beschäftigungsdauer im Betrieb, sondern von der Beschäftigungsdauer in der Industrie. Es soll eine möglichst kurze Kündigungsfrist festgelegt werden. Eine Kündigungsfrist von 4 Wochen ist genügend.

Es liegen verschiedene Entwürfe und Vorschläge der einzelnen Branchen vor. Einige Branchen haben keine Vorschläge eingereicht, andere kommen nur sehr wenig in Betracht und können deshalb nicht aufgenommen werden. Es wird notwendig sein, daß die Delegierten aus den einzelnen Branchen Branchenkommissionen bilden und die entsprechenden Tarife ausarbeiten.

Wir wollen einen gemeinsamen Tarif für Baden, Bayern und Württemberg schaffen. Es dürfen nicht Wochen darüber hinweggehen, sondern es muß schnell gearbeitet werden. Eine noch zu bestimmende Kommission muß den ganzen Tarif ausarbeiten, die Sätze festlegen, und in kürzester Zeit muß er eingereicht werden. Es wird keine leichte Aufgabe sein, einen gemeinsamen Tarif für ganz Süddeutschland zur Durchführung zu bringen. Doch es muß gelingen, die Textilarbeiter weiter um ein Bedeutendes vorwärts zu bringen.

In der darauffolgenden lebhaften Generaldiskussion über die beiden ersten Punkte der Tagesordnung brachten die Delegierten noch eine Reihe Wünsche und Anträge vor. In Anbetracht dessen wurde eine Subkommission gebildet, die endgültig einen einwandfreien Tarifvertrag aufstellen soll. Die Kollegen der einzelnen Branchen erhielten den Auftrag, die Spezialtarife auszuarbeiten.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, Organisationsfragen machte Kollege Deffner folgende Ausführungen:

Wir haben in der letzten Zeit wichtige Beschlüsse gefaßt, und es ist notwendig, daß wir uns heute darüber klar werden, wie wir uns zu verhalten haben. Die kürzliche Beiratslösung hat beschlossen, für die Unterkassierer eine Unfallunterstützung zu schaffen, um dieselben für Unfälle, die sich aus ihrer Tätigkeit als Unterkassierer ergeben, schadlos halten zu können, eventuell, wenn infolge des im Verbandsdienst erlittenen Unfalles der Tod eintreten sollte, den Hinterbliebenen eine Rente gewähren zu können. Die Jülianten haben zu dieser Unterstützungskasse einen jährlichen Beitrag von 10 Pf. pro Mitglied zu zahlen, und ist es selbstverständlich zu erwarten, daß alle Jülianten hierzu ihre Beiträge entrichten.

Infolge der Geldentwertung müssen die Streikunterstützungssätze erhöht werden. Wir müssen unsere Organisation so stellen, daß sie, wenn es notwendig sein sollte, auch in der Lage ist, ein Längchen magen zu können. Ebenso ist es eine Notwendigkeit, auch die übrigen Unterstützungssätze entsprechend zu erhöhen. Erhöhte Ausgaben setzen aber auch erhöhte Einnahmen voraus. Aus diesem Grunde sah sich die Beiratslösung vom 24. bis 26. Januar 1920 veranlaßt, die Beiträge dem Stundenverdienst anzugleichen, und zwar bis zum Höchsttag von 3 Mk. pro Woche. Wir müssen dazu kommen, daß unsere Hauptkasse gestärkt wird. Wir brauchen heute andere Summen als früher. Nur wenn unsere Hauptkasse finanziell gestärkt ist, sind wir in der Lage, dem Arbeitgeber mit dem nötigen Nachdruck entgegenzutreten.

Der Zentralvorstand hat sich in einer wichtigen Frage, der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, an die Reichsregierung gewandt. In Bayern haben die Arbeitgemeinschaften gemeinsame Beschlüsse gefaßt, dahingehend, daß die Sätze der Erwerbslosenfürsorge den Zeitverhältnissen angepaßt werden. Wir haben heute Unternehmer, die ihre Betriebe stilllegen, angeblich, weil sie kein Geld haben, um Rohstoffe zu kaufen. Vielleicht haben sie ihr Geld ins Ausland geschafft. Merorts muß an die maßgebenden Stellen mit der Forderung der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung herangezogen werden. Ich erinnere nur daran, was den Bauern, den Jüngern durch die Lieferungsprämien geboten wurde. Auch die Arbeiter, als das wichtigste Element im Staate, müssen ihren Einfluß geltend machen, daß auch sie erhalten, was notwendig ist.

Wir sind von der Tätigkeit der Arbeitgemeinschaften wenig befriedigt. Doch sind sie noch zu jung, um über sie ein abschließendes Urteil fällen zu können. Es wäre zu erwägen, ob es nicht möglich wäre, statt mehrerer kleiner Gruppen eine Arbeitgemeinschaft für ganz Süddeutschland zu bilden. Dadurch wäre es ermöglicht, auch einen Arbeiter als Geschäftsführer zu bestimmen, wodurch auch die Arbeiter den notwendigen Einblick in die Geschäftstätigkeit der Arbeitgemeinschaften erhielten.

Noch Wichtiges steht uns bevor. In allernächster Zeit finden die Betriebsratswahlen statt. Wohl kein Arbeiter ist befriedigt über den Ausfall des Betriebsratsgesetzes. Trotzdem müssen wir danach streben, die Rechte, die wir haben, bis auf das Letzte auszunutzen, auszubauen und uns über das Gesetz hinaus Rechte zu erringen, wenn es sein muß zu erkämpfen. In erster Linie müssen wir uns darüber klar sein, daß dieses Gesetz für die Arbeiter geschaffen ist, nicht für die Unternehmer. Wir müssen in Betriebsratsitzungen, Betriebsberathungen unermüdet tätig sein und unser Möglichstes leisten im Interesse der Arbeiterschaft.

Es wird wenig Verstehe geben, die so reißlos organisiert sind als wir. Nichtsdestoweniger müssen wir weiterbauen und die Industrieorganisation anschieben.

Noch eine Frage: Wohin gehören die Textilarbeiter? Sie sind aus dem Textilarbeiterstande hervorgegangen und sind aufs engste mit der Textilarbeiterchaft verbunden. Der Wermeisterverband erkennt die Textilarbeiter nicht als Wermeister an und stellt für dieselben geringere Forderungen als für die übrigen Meister. Gewiß sind im Wermeisterverband Leute in dem Sinne tätig, daß sich derselbe zu einer freien Gewerkschaft entwickelt. Solange der Wermeisterverband nicht dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde angehört, können wir ihn nicht als gleichwertig anerkennen.

Wir müssen nicht, was bei der Herrschaft der politischen Arbeiterbewegung noch kommen kann. Schaffen wir zusammen, dann werden wir eine Organisation zustande bringen, die für alle nützlich sein kann. Wie nützlich hat man früher auf die Textilarbeiter herabgesehen. Heute werden wir deshalb hoch angesehen, weil wir es verstanden haben, uns bessere Verhältnisse zu verschaffen. Streben wir danach,

uns auf ein höheres Kulturniveau zu heben, daß auch wir als gleichberechtigt anerkannt werden, und die Reaktion wird nicht mehr in der Lage sein, uns niederzurufen.

Hierauf ergriff Kollege Rieblich das Wort und führte aus, daß in einer Sonderprüfung der Delegierten der Saue Baden und Württemberg beschlossen wurde, die beiden Saue zusammenzulegen und einen Bau zu bilden. Es müssen dem einheitlichen Wirtschaftsgebiete entsprechend auch einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt werden.

Wir haben in Baden einen Einheitsbeitrag beschlossen, der einschließlich eines Lokalaufschlages von 30 Pf. bei Jugendlichen bis 17 Jahren 1,80 Mk., bei Weiblichen über 17 Jahren 2,80 Mk. und bei Männlichen 3,90 Mk. in der Woche beträgt. Wenn Baden diese Beiträge beschlossen hat, kann nach der Vereinigung auch Württemberg keine anderen Beiträge haben. Es wäre zweckmäßig, diesen Einheitsbeitrag auf ganz Süddeutschland auszudehnen.

Ich bin pessimistisch in meinen Anschauungen über die Zukunft. Ich weise nur auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hin, wenn wir keine Kredite bekommen. Es gibt Leute, die das leicht nehmen, die sagen, laßt alles zusammenbrechen, auf den Trümmern bauen wir dann wieder auf. Weil die wirtschaftliche Lage so außerordentlich schwierig ist, ist es notwendig, daß wir eine Organisation schaffen, daß der Kapitalismus eine kampfbereite Arbeiterchaft findet. Vorwärts mit neuer Kraft, daß unsere Organisation ein Bollwerk bildet gegen Anechtchaft und Ausbeutung!

In der darauffolgenden Diskussion wurde hauptsächlich das Resultat der Beratungen der einzelnen Branchen besprochen und darauf hingewiesen, daß die gewählte Subkommission die Aufgabe habe, die vorliegenden Anträge und Vorschläge zu berücksichtigen und das Ganze in einen einheitlichen Rahmen zu fassen und endgültig festzulegen. Es wurde ferner noch beschlossen, daß von jeder Branche ein unbesoldeter Kollege in die Subkommission entsendet wird. Diese Kollegen haben jedoch lediglich die speziellen Nachfragen zu erledigen.

Nachdem noch Kollege Rieblich-Vörrach aufmunternde Worte an die Delegierten gerichtet hatte, wurde mit einem Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband die Konferenz geschlossen.

Konferenz für Rechts- und Linksrhein.

(Ergänzung.)

Durch den Bericht von der Konferenz für Rechts- und Linksrhein in Nr. 9 des „Textilarbeiters“ wird der Anschein erweckt, als wenn eine Anzahl Kollegen gegen die Beitragserhöhung gewesen wären. Dies trifft auf die Cresfelder Kollegen nicht zu. Wichtig vielmehr ist, daß die Kollegen aus Cresfeld gegen die Festlegung von Beitragsklassen für bestimmte Altersklassen waren, weil wir dadurch eine Schädigung der Zentralkasse befürchteten. Ebenso hielten wir die Erhöhung des Lokalbeitrages auf 50 Pf. nicht für zweckmäßig. Durch derartig erhöhte Einnahmen für die Lokalkassen würde das lokale Unterstüßungswesen über das erwünschte Maß hinausgehen.

Ich stelle deshalb fest, daß wir Cresfelder Kollegen die Beitragserhöhung, wie sie vom Zentralvorstand und Beirat beschlossen worden ist, voll und ganz billigen und auch dementsprechend die Vorarbeiten für die Durchführung dieser Beitragserhöhung bereits beendet haben.

Unsere Stellungnahme zu der Beitragserhöhung ergibt sich auch aus dem Abstimmungsverhältnis zu der vom Kollegen Paul-Ronsdorf eingebrachten Resolution.

Während wir gegen Abs. 1 und 2 stimmten, worin die Lokalaufschläge auf 50 Pf. und die Beiträge nach Altersklassen festgelegt wurden, stimmten wir geschlossen für Abs. 3, welcher die Notwendigkeit der Beitragserhöhung anerkennt.

Nicht zur Nichtigstellung über unsere Stellungnahme zur Beitragserhöhung. Heinrich Raffner.

Aus den Gewerkschaften.

7 1/2 Millionen Mitglieder.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, dem gegenwärtig 54 Verbände angehören, hat eine Mitgliederzahl von 7 1/2 Millionen überschritten. Davon entfallen 1,6 Millionen auf den Metallarbeiterverband, 650 000 auf den Landarbeiterverband, 600 000 auf den Fabrikarbeiterverband, 540 000 auf den Transportarbeiterverband, 450 000 auf den Textilarbeiterverband, 430 430 auf den Bauarbeiterverband, 400 000 auf den Eisenbahnerverband, 370 000 auf den Holzarbeiterverband, 367 000 auf den Angestelltenverband, 269 915 auf den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und 136 000 auf den Schneiderverband. Diese 12 Verbände umfassen mehr als 6,2 Millionen oder 83 Proz. aller Mitglieder des Bundes. Weitere 10 Verbände haben eine Mitgliederzahl von 50 000 überschritten, 11 Verbände haben zwischen 20 000 bis 50 000 Mitglieder, 7 Verbände über 10 000 bis 20 000, 12 Verbände über 1000 bis 10 000 Mitglieder und 2 Verbände unter 1000 Mitglieder. Von der Gesamtzahl der Mitglieder gehören etwas über 5 Millionen zur Gruppe Industrie, Gewerbe und Bergbau, 917 000 zum Handel und Verkehr, 650 000 zur Land- und Forstwirtschaft, 670 000 zu den Staats- und Gemeindebetrieben, 157 000 zur Gastwirtschaft, Musik und zu schaukellerischen Berufen sowie 38 000 zur Gruppe Haushalt. Diese Zahlen sind ein Beweis dafür, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in allen den genannten Berufsgruppen die berufene Vertretung der Arbeitnehmerschaft darstellt.

Aus der Textilindustrie.

Wo die Textilwaren sind. Zu unserer, der Leipziger Volkszeitung entnommenen, in Nr. 11 wiedergegebenen Notiz über die Aufspeicherung riesiger Mengen Textilwaren in Leipzig hat sich die „zuständige Stelle“ in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ geäußert. Sie meint, die Notiz müßte bei den Lesern den Eindruck erwecken, als würden die Sachen der armen Leipziger Bevölkerung vorenthalten. Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt dazu: Wir haben nicht einmal angedeutet, daß vor allem die Leipziger Bevölkerung versorgt werden soll. Wohl aber haben wir konstatiert, daß in Leipzig große Bestände vorhanden sind. Das wird nicht bestritten, wenn auch unsere Ziffern „als maßlos übertrieben“ hingestellt werden. Wir haben dann die Frage aufgeworfen, ob die Waren an die ärmsten Kreise abgegeben werden.

Darauf wird geantwortet, in Leipzig wäre ein Durchgangslager errichtet, und die Sachen würden für die deutschen Kommunalverbände, Krankenanstalten Bergwerke usw. verhandelt gemacht. An Verschleibungen haben wir nicht gedacht. Uns kommt es nur darauf an, daß in dieser Zeit der höchsten Not die Bestände nicht unnützlich lagern, sondern daß sie verteilt werden, weil sie dringend gebraucht werden. Die Bestände sind in den Händen einer Gesellschaft, die sich „Textil-Rotstandsversorgung“ nennt. Hat sich die Regierung auch den maßgebenden Einfluß auf sie gesichert oder wird sie vom privatkapitalistischen Geiste beherrscht? Das sind Fragen, die noch geklärt werden müssen. In den Gegenständen darf sich der Kapitalismus nicht bereichern, deshalb müssen wir dieser „Rotstandsversorgung“ kritisch gegenüberstehen. Kürzlich hat eine Besichtigung des Lagers durch Regierungsvertreter stattgefunden. Haben die Herren sich auch die Keller angesehen, in denen gemaltige Mengen neuer Stoffe lagern? Und werden diese Sachen auch an die bedürftige Bevölkerung abgegeben? — Wir schließen uns dieser Frage an. (R. d. L.)

Der Warenhandel in England hatte den Beteiligten Kriegswundergewinne von 3000 bis 4000, in einzelnen Fällen sogar bis 7000 Prozent eingebracht. In der letzten Zeit ist der Gewinn zurückgegangen, beträgt aber immer noch im Mittel 400 Proz.

Einfuhrzoll auf Seidenband in Amerika. Der holländische Handelsattaché in Washington teilt mit: Samtband, aus Baumwolle verfertigt, ist einem Einfuhrzoll von 40 v. G. des Wertes unterworfen; Seidenamtband 50 v. G. des Wertes. Die Art des Samtbandes wird bestimmt nach dem Stoff, welcher am stärksten in der Ware vorhanden ist.

Soziale Rundschau.

Monatliche Arbeitslosenrechnung im Deutschen Textilarbeiterverband.

Die Februarzählung ergab 160 767 männliche und 303 559 weibliche, zusammen 464 326 Mitglieder. Ende Januar 1920 betrug die Mitgliederzahl des Verbandes 439 461, mithin ist im Monat Februar eine Zunahme von 24 865 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Zählung umfaßt 97,7 Proz. der Mitglieder (im Vormonat 95,8 Proz.). 61 Familien mit 10 888 Mitgliedern haben nicht berichtet. Als arbeitslos sind am Februarabend 29 000 = 6,4 Proz. der Mitglieder gemeldet worden; davon sind 6730 = 4,3 Proz. männliche und 22 270 weibliche = 7,5 Proz. weibliche Mitglieder. Im Januar betrug die Arbeitslosigkeit bei den männlichen 5,5 Proz. und bei den weiblichen Mitgliedern 6,8 Proz. Bei den männlichen Mitgliedern ist die Arbeitslosigkeit etwas zurückgegangen, dagegen hat sie bei den weiblichen Mitgliedern etwas zugenommen.

Die Unfallversicherung der Bergarbeiter in Deutschösterreich ist vom 1. Januar 1920 an den territorialen Arbeiterunfallversicherungsanstalten überwiesen. Diese tragen die auf ihren Sprengel entfallende Rentenlast der ehemals gemeinsamen Unfallversicherungsanstalt der Bergarbeiter, haben jedoch Anspruch auf den der übernommenen Last entsprechenden Anteil des Vermögens der Unfallversicherungsanstalt der Bergarbeiter. Die bisherige Gefahrenklasseneinteilung und der Beitragstarif bleiben vorläufig in Geltung.

Für den Achtstundentag.

Eine am 3. März im „Elysium“ in Neumünster abgehaltene Mitgliederversammlung der Textilarbeiter faßte folgende Resolution:

„Die organisierte Textilarbeiterschaft von Neumünster nimmt Kenntnis von dem Versuch des Unternehmertums, mit Hilfe der Regierung der Arbeiterschaft Deutschlands den achtstündigen Arbeitstag wieder illusorisch zu machen. Die Mitgliederversammlung vom 3. März 1920 fordert den Zentralvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes auf, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen Front zu machen. Die Neumünsteraner Kollegen und Kolleginnen unterstützen die Resolution Nr. 13 vom ersten Betriebsräte-Kongress in Leipzig voll und ganz.“

Ueber die Wiederherstellung von Lebens- und Krankenversicherungen

sind durch eine Bekanntmachung vom 20. Dezember 1917 (Reichsgesetzblatt S. 1121) Bestimmungen ergangen, deren Kenntnis von größter Bedeutung ist. § 1 dieser Bekanntmachung bestimmt: „Sind die Rechte aus einer mit einem privaten Versicherungsunternehmen geschlossenen Lebens- und Krankenversicherung nach dem 31. Juli 1914 erloschen oder gemindert, weil der Versicherungsnehmer seine Verpflichtung zur Beitragszahlung oder eine andere vertragmäßige Obliegenheit infolge des Krieges nicht rechtzeitig erfüllt hat, so ist der Versicherungsnehmer berechtigt, die Wiederherstellung der Rechte aus der Versicherung zu verlangen. Die nicht rechtzeitige Erfüllung einer Zahlungsverpflichtung gilt als durch den Krieg verursacht, wenn sie auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Versicherungsunternehmens zurückzuführen ist.“

Die allgemeinen Bestimmungen über die Voraussetzung und den Umfang der Wiederherstellung stellt der Vorstand des Versicherungsunternehmens mit Genehmigung der Aufsichtbehörde auf. Der Antrag auf Wiederherstellung ist schriftlich unmittelbar an den Vorstand des Versicherungsunternehmens zu richten. Tritt nach der Abfindung des Antrags der Versicherungsfall ein, so bleibt das Recht auf Wiederherstellung unberührt. Der Antrag auf Wiederherstellung muß bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Beendigung des Krieges gestellt werden. Als Zeitpunkt der Beendigung des Krieges hat der Reichswirtschaftsminister den 10. Januar 1920 bestimmt, so daß also die sechsmonatige Auschlussfrist von diesem Tag ab läuft. Wird aber die Genehmigung oder Festlegung der allgemeinen Bestimmungen für die Wiederherstellung erst nach der Beendigung des Krieges bekanntgemacht, so wird die Frist durch die Aufsichtsbehörde festgelegt. Sie muß mindestens sechs Monate von der Bekanntmachung an betragen und ist bei dieser anzugeben. Für Versicherungsnehmer, die durch Kriegsverhältnisse an der Einzahlung der Beiträge behindert worden sind, endet die Frist erst sechs Monate nach dem Wegfall des Hindernisses. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Bekanntmachung vom 20. Dezember 1917.

Berichte aus Fachkreisen.

Bäumenheim. Sonnabend, den 6. März, fand in der Lokale der Konsumwirtschaft eine Generalversammlung statt, die sich mit dem Rücktritt und der Neuwahl des 1. Vorsitzenden beschäftigte. Kollege Gustav Kaul wurde von 247 abgegebenen Stimmen mit 223 Stimmen zum 1. Vorsitzenden gewählt. Kollege Kaul widmete dem aus seinem Amt scheidenden Kollegen Blättner einen warmen Nachruf. Er dankte ihm im Namen der hiesigen organisierten Arbeiterschaft auf das herzlichste für die Mühe und Arbeit, die er als erster Vorsitzender für den Verband geleistet hat. — Im zweiten Punkt der Tagesordnung behandelte Kollege Kaul in ausführlichster Weise das Betriebsrätegesetz. Er bedauert, daß das Gesetz nicht so ausgefallen ist, als wie wir es erwartet haben. Das soll uns jedoch nicht aufhalten, weiter zu kämpfen. Und erst recht werden wir kämpfen, bis wir das erreicht haben, was wir wollen. — Kollege Müller erwiderte Bericht über den Verlauf der Verhandlungen in der Tarifkommission in Stuttgart. Aus seinem Referat konnte man sich viel Nützliches aneignen. — Nach Erschöpfung der Tagesordnung schloß Kollege Kaul mit einem kräftigen Appell an die Arbeiterschaft die gutbesuchte Generalversammlung.

Buchholz-Annaberg. Am 6. März fand im „Bürgergarten“, Al-Riederstraße, eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung war wie folgt: 1. Bericht vom Betriebsräte-Kongress; 2. Der Vorstoß der Unternehmer in der Posamentenbranche; 3. Gaukonferenz (Wahl der Delegierten); 4. Stiftungsfest; 5. Allgemeines. Geschäftsführer Heyne nahm das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung. Derselbe entlegte sich seiner Aufgabe durch einen sachlichen, beifällig aufgenommenen Bericht über die Verhandlungen des Leipziger Kongresses. Er geht auf die wichtigsten Punkte näher ein. Die Kollegen Fischer und Stöhr bringen kurze Ergänzungen. Im Anschluß hieran gibt Geschäftsführer Hermann den Versammelten noch Ratschläge für die bevorstehenden Betriebsrätewahlen und für die Ausbildung der Betriebsräte. — Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung referiert Hermann. Er gibt bekannt, daß den Unternehmern unsere neuen Forderungen zugegangen sind, da der alte Tarif mit 31. März abläuft. Zunächst soll versucht werden, einen Landesarif durchzubringen, den wir im Auftrage der Freiburger Posamentierkonferenz anzufertigen hatten. Da wir aber gegenüber den Kollegen der Großstädte in der Entlohnung etwas zurückgeblieben sind, erscheint natürlich den Arbeitgebern unsere Forderung als zu hoch. Daß auch der ergebnislose Arbeiter in der gegenwärtigen Zeit soviel zur Erhaltung seines nackten Lebens braucht als seine Klassenossen in anderen Landesteilen, will diesen schwerreichen Herren nicht in den Schmelz. Sie sehnen sich nach ihren weitbekannteren Hungerlöhnen und glauben dieselben durch einen Gewaltstreik wieder einführen zu können. Von einem Unternehmervertreter wurde der Geschäftsstelle unseres Verbandes mitgeteilt, daß in nächster Zeit 70 Arbeitgeber wegen Mangel an Material ihre Betriebe stilllegen wollen. Der Vorstand des Materialmangels mag zum Teil zutreffen, die Arbeiter glauben aber, daß auch ein anderer Grund, nämlich die Umgehung unserer gerechten Forderung, mit maßgebend ist. Die Geschäftsleitung hat bereits Schritte unternommen, um dem unheilvollen Treiben der Unternehmer wirksam zu begegnen, wenn es zur Ausführung des Planes kommen sollte. Pflicht der Arbeiterschaft ist es nun, fest zur Organisation zu halten, um den Arbeitgebern die Lust an solchen frivolen Handlungen ein für allemal auszutreiben. — In der Diskussion sprachen verschiedene Kollegen. Die einen meinen, es sei nur ein Schwereis, die andern sind der Ansicht, daß wir diesmal doch vielleicht mit ernstem Schwerkrieg zu rechnen haben. Wir geloben, fest zur Organisation zu halten, komme was wolle. — Zu Punkt 3 beschließt man, die Gaukonferenz mit drei Delegierten mit Stimmrecht zu beschicken. — Das Stiftungsfest soll am Simeonsfesttag stattfinden. Sollten sich Hindernisse in den Weg stellen, so bleibt es dem Vorstand überlassen, auch anders zu disponieren. Im Punkt „Allgemeines“ unterhält man sich über Versammlungs- und Tariffragen. Demnach soll keine Versammlungen anläßlich der Betriebsrätewahlen sowie solche zur Aufstellung eines neuen Tarifs in der Knopfsbranche stattfinden. Zum Schluß beantragt dann noch Geschäftsführer Heyne, gegen die Verreibungen des Wirtschaftministers Schilde (in Sachen der gelben Gewerkschaften) zu protestieren. Der Antrag wird angenommen und geschlossen protestiert. — Nun seien noch diejenigen aufgefordert, sich der Organisation anzuschließen, die es bisher unterlassen haben. Für diese heißt es in nächster Zeit: Ginein in den Deutschen Textilarbeiterverband!

Burgstädt. (Aus unserem Jahresbericht.) Im Böllermorden haben an hundert unserer Kollegen den Kapital ihr Leben opfern müssen. An 40 Kollegen schmachten noch in der Gefangenschaft, in der Hoffnung und Erwartung, von der organisierten Arbeiterschaft durch energische Schritte befreit zu werden. — Langsam hat sich unsere Industrie wieder entwickelt; lange lag unser ganzer Bezirk mit der Handshuhindustrie vollständig still. Nur der Stricker- und Trikotagenfabrikation wurde Material aus Österreich zugeführt. Die Textilarbeiter waren meist gezwungen, in anderen Berufen ihr Brot zu suchen. Die Folge davon war, daß unsere Filiale auf 250 Mitglieder herabsank. — Unsere Filiale setzt sich zusammen aus 17 Ortsgruppen, in welchen folgende Beschäftigungszweige in dem bezeichneten Umfang vorhanden sind: 152 Stoffhandshuhbetriebe, 11 Trikotagenbetriebe, 24 Strickerbetriebe, 8 Färbereien, 4 Appreturanstalten, 4 Hornereien, 1 Wesselverarbeitungsbetrieb, 1 Flachstrumpfwirkererei, 1 Meißerei (Lumpen), 1 Zwirnerei, 1 Wollspinnerei, 1 Dreiglynderpinnerei. — Die Strickererei ist von Anfang des Jahres an mit Rohmaterial versehen gewesen und konnte den Betrieb bis zu Dreivierteln des Friedensgrades aufrechterhalten. Bisher 1200 Beschäftigte zählten wir vor dem Kriege. Jetzt sind wieder an die 800 in Arbeit. Unserem Verband gehören davon ungefähr 600 an. Auch in der Trikotagenindustrie liegt es ähnlich. Hier wäre volle Beschäftigung, wenn Rohmaterial genügend zu beschaffen wäre. Unserem Verband gehören hier von den jetzt 300 beschäftigten Personen 200 an; vor dem Krieg waren hier an die 400 beschäftigt. Die Lumpenreierei war auch voll beschäftigt und die Wesselerei in Friedensstärke vorhanden. Von den in Arbeit stehenden 35 Personen gehören unserem Verband 34 an. Vor dem Krieg war hier an keine Organisation zu denken. Die Wollspinnerei ist eine Filiale von Zwickau und ist erst errichtet worden. Beschäftigt: 60 Personen, welche unserem Verband alle angehören. Die Dreiglynderpinnerei ist voll beschäftigt. Die Wesselerei zählt ungefähr 250 Personen. Nur 180 organisiert. Schlechte Verbindung mit dem Betrieb. In der Zwirnerei ist der Betrieb als normal anzusehen, aber alle Personen sind wieder eingestellt (50). Voll organisiert. Die Wesselverarbeitung geht nicht gut und wird wohl bald wieder ganz aufhören. Von den 30 Personen sind nur 20 bei unserem Verband. In der Strumpfwirkererei sind nur 20 beschäftigt, davon 15 organisiert. Handshuhformer sind 200 beschäftigt. An 180 in unserem Verband. In den Appreturen, welche mit zu den Färbereien gehören, sind zusammen an 200 in Arbeit und mindestens 180 bei uns organisiert. Die Färbereien sind erst einige Monate beschäftigt und noch nicht voll in Betrieb. Die Flachstrumpfwirkererei war vor dem Kriege mit einer Belegschaft von 300, jetzt ist sie nur mit 200 beschäftigt, wovon an 170 organisiert sind. Die größte unserer Branche, die Stoffhandshuhherstellung, hat 6 Jahre stillgelegen; die Produktion konnte erst in den letzten Monaten des Jahres wieder in Fluß gebracht werden und begann im Winter erst im Juli aufzuleben, sagte aber gleich mit gemäßigter Stärke ein, so daß wir heute sagen können, daß circa 60 Proz. in dieser Branche wieder beschäftigt sind. Von den jetzt 8000 jetzt Beschäftigten sind über 2000 organisiert. Hier kommt hauptsächlich nur die Kleinarbeit zur Sprache, was die Organisationsarbeit schwer macht.

Zur Mitgliederbewegung ist folgendes zu bemerken: Festzuhalten ist, daß in Burgstädt und Umgebung die Organisation durch mangelhafte Leitung vom Anfang des Umfanges an gelitten hat.

Wollte Kämpfer, ein Opfer des Krieges, wurde durch die Kollegen Oskar Müller und Walter Tüll im Nebenamt vertreten, wofür es natürlich nicht möglich war, richtig durchzukommen.

Waldow i. Meckl. Die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes hielt am Donnerstag, den 4. März, eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Saale des Schulhauses ab.

Waldow i. Meckl. Die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes hielt am Donnerstag, den 4. März, eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Saale des Schulhauses ab.

Waldow i. Meckl. Die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes hielt am Donnerstag, den 4. März, eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Saale des Schulhauses ab.

Waldow i. Meckl. Die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes hielt am Donnerstag, den 4. März, eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Saale des Schulhauses ab.

Waldow i. Meckl. Die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes hielt am Donnerstag, den 4. März, eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Saale des Schulhauses ab.

Neugersdorf. Im „Nußbaum“ hielt am Sonntag, den 7. März, die Filiale Neugersdorf des Textilarbeiterverbandes ihre Generalversammlung ab. Hierzu waren auch die Untertassierer eingeladen und zum Teil erschienen.

Neugersdorf. Im „Nußbaum“ hielt am Sonntag, den 7. März, die Filiale Neugersdorf des Textilarbeiterverbandes ihre Generalversammlung ab.

Neugersdorf. Im „Nußbaum“ hielt am Sonntag, den 7. März, die Filiale Neugersdorf des Textilarbeiterverbandes ihre Generalversammlung ab.

Neugersdorf. Im „Nußbaum“ hielt am Sonntag, den 7. März, die Filiale Neugersdorf des Textilarbeiterverbandes ihre Generalversammlung ab.

Neugersdorf. Im „Nußbaum“ hielt am Sonntag, den 7. März, die Filiale Neugersdorf des Textilarbeiterverbandes ihre Generalversammlung ab.

die Arbeitsbedingungen der Frau so weit zu verbessern, daß der Unternehmer lieber Männer einstellt und dann erst Frauen, wenn die Männer nicht ausreichen.

Wer bearbeitet wollene Lumpen zu neuem Garn bzw. neuen Stoffen? Antwort erbeten an die Redaktion.

Wo kann man Kesselfasern oder Baumwolle beziehen? Gefl. Antwort an Karl Stetz, Vera (M.), Heinrichsgrün, Vorhänger, 39, erbeten.

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 26. März, ist der 12. B. Frauenbeitrag fällig. Geschäftsführer und Hilfsarbeitergesuche.

Für die Filiale Mühlhausen im Thüringen unseres Verbandes wird ein zweiter Geschäftsführer zum baldigen Antritt gesucht.

Kollegen und Kolleginnen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen und schriftlichen Tätigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung mit der Aufschrift: „Bewerbung“ versehen, unter Beifügung eines Aufhanges über die Aufgaben eines Geschäftsführers bzw. eines Hilfsarbeiters an die Adresse: Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Berlin O. 27, Magasinstr. 6/7, bis zum 10. April d. J. einzureichen.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Landesrat. Das Bureau befindet sich in Nettwig, Hauptstraße 87. Für den Verkehr geöffnet: Dienstags und Freitags von 11-1 Uhr. Auszahlung der Unternehmungen: Montags von 5-7 Uhr.

Untertassierer-Gesuch

Für die Geschäftsstelle Thalheim i. Erzgeb. wird ein besoldeter Untertassierer gesucht. Bewerbungen wolle man schriftlich bis 17. April einreichen an Josef Woforny, Thalheim i. Erzgebirge, Wiesenstraße.

Redaktionsbüro für die nächste Nummer Sonnabend, den 27. März

Verlag: Karl Süß in Falkenberg-Oberrheide. — Verantwortlich für alle schriftlichen Beiträge Hugo Dreier in Plauen i. S., für alle andere Karl Wegener in Plauen. — Druck: Verlags-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.